

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rößlestraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsverzeichnisse

Wann geht die Retterei los?

Als am Abend des 12. Mai der Generalfeldmarschall v. Hindenburg als Sieger aus der Wahlurne hervorging, durchbrauste ein Jubel sondergleichen die Reihen der Deutschen nationalen und Deutschvölkischen, als ob ein Wunder geschehen sei. Und all die Armen im Geiste, die Gedrückten und Verelendeten, denen man goldene Berge versprochen hatte, atmeten auf und richteten ihre sehnsüchtigen Blicke nach dem Präzidentenstuhl, auf dem „der beste Mann Deutschlands“ Platz nehmen sollte. Nach der Melodie des alten Weihnachtsliedes ertönte aus hunderttausenden Häusern der Triumphgesang: „Hindenburg, der Retter ist da!“ Alles schwamm in Butter und keiner der Hindenburgwähler und besonders der Hindenburgwählerinnen zweifelte daran, daß nunmehr unser deutsches Volk in Sitzungsgewindigkeit der Gesundung entgegengeführt werde.

Inzwischen ist es sehr still geworden im nationalistischen Blätterwalde. Nirgends mehr hört man einen Laut von der Rettung Deutschlands durch Hindenburg. Wenn irgendwo neugieriger, naiver Mensch fragt, wo denn eigentlich die vielversprochene Retterei bleibe oder wann sie losgehen solle, so sieht man verdubelte Miene und verlegene Gesichter. Es klingt aus dieser Frage ein verstockter Hohn; sie wird als Hohnempfehlung empfunden. Denn niemand, der den Mund recht vollgenommen hat, wird gern an seine Großsprecherien erinnert, die er nicht erfüllen kann. Versprechen und Halten ist bekanntlich zweierlei. Schon manch einer, der das Blaue vom Himmel versprochen hatte, mußte beschämt die Augen niederschlagen, wenn er an die Erfüllung seiner Versprechungen erinnert wurde.

Schlimm, sehr schlimm ist es für die Bannerträger und Lobhudler Hindenburgs, daß auch die Millionen von Menschen, die ihnen ins Garn gegangen sind, bereits sehr ungeduldig geworden sind und dieser ihrer Unruhe und Ungebuld lebhaft Ausdruck geben. Sie huldigen dem Grundsatz, daß das Mundstücken nichts hilft, sondern daß gestiffen werden muß. Deshalb fordern sie immer stürmischer, daß der riesige Retter Deutschlands endlich einmal auf der Bildfläche erscheine und sein Rettungswerk beginnen möge. Bislang hat der „Retter“ nur drei rettende Taten begangen: er hat sich seinen Weinkeller vergrößert und sein Gehalt ganz beträchtlich erhöhen lassen, und außerdem hat er es fertig gebracht, daß sein Sohn zu seinem persönlichen Adjutanten ernannt worden ist. Über diese Taten sind die gutgläubigen und vertrauensseligen Wähler und Wählerinnen Hindenburgs begeistert sehr verschnupft, während die Republikaner sich ins Fäustchen lachen. Nicht etwa, als ob sie dem neuen Reichspräsidenten seine „Errettungsarbeiten“ mißgönnten. Sie machen sich lediglich Gedanken darüber, was die rechtsgerichtete Presse wohl für ein Zündnagelgeschloß anschlagen würde, wenn der Sattlergeselle Ebert die gleichen Ansprüche erhoben hätte wie der Feldmarschall Hindenburg. Diese nationalistische Moral entspricht dem Satz, den der altrömische Komödiendichter Plautus einem Rechtsverbrecher in den Mund legt: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe!“

Zweifellos hat der neue Reichspräsident durch sein Verhalten vor der Wahl selbst am meisten dazu beigetragen, daß seine Wähler und Wählerinnen nunmehr enttäuscht und verärgert beiseite stehen, weil sie an der in Aussicht gestellten Rettung verzweifeln. Was hat Hindenburg nicht alles versprochen? In seiner Rundfunkrede sprach er: „Das deutsche Volk hat die Schrecken des Krieges und seine Bedrückungen auf alle Volksteile so hart wie kaum ein anderes empfunden. Ich erkläre vor der ganzen Welt, daß es immer mein heiligstes Bestreben sein wird, neue Kriegsschrecken fernzuhalten und den Kriegsoffern der Vergangenheit nach Kräften zu helfen. Darf es uns da wundernehmen, wenn diese Kriegsoffer, die Kriegsverletzten, die Kriegswitwen und Kriegserwaisen, die Frage stellen, wann und wie er sein Versprechen einlösen will. Wie er seine Partei- und Genossenschaftsgenossen, einschließlich der Abgeordneten und Minister, dazu veranlassen will, höhere Mittel für Unterstützungszwecke bereitzustellen, damit die geradezu jämmerlichen Renten und Pensionen aufgebessert werden können. Wir sind überzeugt, die armen Kriegsoffer werden warten müssen bis auf den Sonntag Rimmerleinstag, ehe die Rettungssära Hindenburg aufbrechen wird. Und was das Versprechen anbetrifft, der Reichspräsident werde alles daran setzen, um neue Kriegsschrecken fernzuhalten, so tauchen auch hier allerlei Zweifel auf. Wir werden ja sehen, ob es ihm gelingen wird, den Kriegshetzern und Revanchepredigern das Handwerk zu legen. Vielleicht fehlt er der Kriegsbegeisterung der unerfahrenen Jungen und der abgemühten Militärs einen Dämpfer auf, weil sie eine Gefahr bilden für den Völkfrieden und weil sie die Gefahr in sich schließen, daß neue Kriegsschreden wiederkehren werden.“

Sodann hat Hindenburg vor seiner Wahl die schönen Worte gesprochen: „Wir wollen danach trachten, in der Entwicklung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Gemeinschaftslebens jedem einzelnen Stand und Volksgenossen sein tägliches Brot, seinen Anteil an deutschem Kulturgut und seine würdige Stellung in der Volksgemeinschaft zu sichern. Das Reichsoberhaupt verkörpert den Einheitswillen der Nation. Darum reiche ich in dieser Stunde jedem Deutschen im Geiste die Hand. Gemeinsam wollen wir um unserer teuren Taten, um unserer Kinder und Kindeskinde willen ungebeugten Mutes den schweren Weg gehen, der uns durch wahren Frieden zur Freiheit führen soll.“ Der Reichspräsident verspricht also jedem Deutschen ein menschenwürdiges Dasein: ein gesichertes Dasein, rechtliche

Gleichheit, soziale Gleichwertung und kulturelle Betätigungsmöglichkeit, also alles das, was der Sozialismus seit Jahrzehnten als sein Ziel aufgestellt hat. Man darf aufs höchste gespannt sein, wie es der Feldmarschall fertigbringen wird, diese idealen Zustände in die Wirklichkeit umzusetzen.

Wie will Hindenburg die niedrige, völlig unzureichende Entlohnung, unter der Millionen Proletarierfamilien leiden, erhöhen? Wie will er der durch die neue Zollgesetzgebung drohenden Erschwerung der Lebenshaltung einen wirksamen Damm entgegenstellen, damit jeder Proletarier sein tägliches Brot hat? Wie will er es verhindern, daß durch Stilllegung von Betrieben Zehntausende von Arbeitern und Arbeiterinnen auf die Straße geworfen und dadurch brotlos gemacht werden? Wie will er den Altersrentnern und Invaliden, den Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen, den Kleinen Sparern und Pensionären zu ihrem Rechte verhelfen, wenn seine eigenen Partei- und Genossenschaftsgenossen sich der Aufwertung mit aller Macht entgegenstellen?

Die Rechtsparteien, die ausgesprochenen Vertreter des industriellen und agrarischen Großkapitals, haben allerdings vor den Wahlen ihr warmes Herz in schwungvollen Worten betont, nunmehr aber, da sie ihr Schäfchen ins Trockene gebracht und die harmlosen Wählermassen eingeseift haben, halten sie den Knopf auf den Beutel und verweigern die erforderlichen Gelder. Die leichtgläubigen Wähler und Wählerinnen, die sich betrogen fühlen, bestimmen bereits den Reichspräsidenten, er möge seine gegebenen Worte, daß er dem Recht zum Rechte verhelfen wolle, doch einlösen. Aber der solchergestalt Angeprochene hat ihnen durch seinen Sekretär erklären lassen, daß er außerstande sei, irgend etwas für sie zu tun. Aus staatsrechtlichen Gründen sei es ihm unmöglich, in die Befugnisse der Ministerien und der Parlamente einzugreifen. Da haben wir die Bezeichnung: dem „Retter“ sind die Hände gebunden und er muß jetzt selbst einsehen — was wir längst gesehen haben —, daß seine Versprechungen leere Redensarten gewesen sind.

Die Unersahrenheit Hindenburgs auf staatsrechtlichem Gebiet, die ihn verleitet, unerfüllbare Hoffnungen zu erregen, wird womöglich noch übertrifft in wirtschaftlicher, politischer Dingen. Man lese nur seine Ausführungen, wor die innere Zerklüftung des deutschen Volkes, in der er mit Recht eine wichtige Ursache unseres Unglücks erblickt. Er erklärte, daß er sich die Sammlung und Einigung des deutschen Volkes zum Ziel gesetzt habe. Es dürfte nicht gekämpft werden, um für die eine oder andere Volksgruppe Sonderprivilegien herauszuschlagen, sondern daß alle Volksgenossen miteinander mühten, wer am treuesten und erfolgreichsten dem schwergeprüften deutschen Volke dienen könne. Wenn man solche Worte liest, so muß man sich doch fragen, ob der Herr Präsident wohl weiß, wie es in den Parlamenten hergeht? Wie dort die Parteien und Interessengruppen um ihre Sonderprivilegien einen erbitterten Kampf führen? Hat er denn keine Kenntnis von den Steuer- und Zollvorlagen der Regierung und den Anträgen der bürgerlichen Parteien, die auf eine planmäßige Veräußerung der Volksmassen hinauslaufen? Ist es ihm nicht aufgefallen, daß gerade jene Herren, die ihm politisch und sozial nahesteht, mit brutaler Rücksichtslosigkeit darauf aus sind, ihren Klassengenossen alle Vorteile zuzuschlagen und die Lasten auf die Schultern der armen Leute abzuwälzen? Wer heute noch von einer deutschen Volksgemeinschaft redet, der ist ein unverbesserlicher Illusionist, der sich an Seifenblasen ergötzt.

Die nächste Zukunft schon wird es lehren, daß die angelegten Rettungstaten Hindenburgs hohle Worte bleiben werden. Das ist hart für ihn. Er selbst hat die wenigste Schuld daran. Die Hauptschuld tragen jene Schieber und Tamamtschläger, die die Weltfremdsheit Hindenburgs mißbraucht haben. Erst haben sie dem greisen Feldmarschall Vorschlagslocheren und Hauptgewunden und nun stehen sie grinsend beiseite, weil ihnen der Schwindel so gut gelungen ist. Der Fall Hindenburg ist ja kein Einzelfall; er ist nur ein Schulbeispiel der Demagogie jener volksfeindlichen Elemente, die das Wohl des Volkes im Munde führen und dabei sich die eigenen Taschen füllen.

Franz Sauffötter.

Aus dem Reichstag

Deutschnationaler Volksbetrug

Die Beratung des Haushalts des Ministeriums für die besetzten Gebiete gab Veranlassung zu einer ausgedehnten Aussprache, in der die Beschwerden und Wünsche der Bevölkerung dieser Gebiete zum Ausdruck kamen. Der Berichterstatter teilt mit, daß der Ausschuss eine Erhöhung der Ausgaben für kulturelle Zwecke von 1,3 auf 3 Millionen beschlossen habe. Außerdem soll bei der Verteilung auf die wirtschaftlichen Verhältnisse Rücksicht genommen und das Entschädigungsverfahren soll beschleunigt werden. Der sozialdemokratische Abgeordnete Kirchmann aus Pöhl tabelt es, daß das Ministerium für die besetzten Gebiete nicht die allgemeinen politischen Gesichtspunkte, sondern engbergige, fiskalische Gesichtspunkte in den Vordergrund dränge. Die Schuld daran trage der Umstand, daß es vom Finanzministerium abhängig sei und nicht selbständig entscheiden könne. Neben den vielen Millionen, die für das Unternehmertum der besetzten Gebiete aufgewendet worden seien, nehmen sich die 10 Millionen für die erwerbslosen Arbeiter sehr kümmerlich aus. Die Wunden, die der Ruhrkampf geschlagen habe, seien noch immer nicht vernarbt, es seien noch immer 16 000 Ausgewiesene, meistens Eisenbahner, zu versorgen. Diese Leute empfinden die Behandlung, die man ihnen angedeihen läßt, als eine Zurücksetzung und ein Unrecht. Die Volksleute haben in erschreckender Weise um sich gegriffen, weshalb eine bessere Fürsorge unbedingt nötig sei. Auch andere Redner weisen auf die ungenügende Unterstützung der Bewohner der besetzten Gebiete hin, wobei es an patriotischen, volksfreundlichen Redensarten nicht mangelt, die aber den Beschädigten nichts nützen.

Die Rechtsparteien im Bunde mit der Regierung haben eine wesentliche Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer beantragt. Die Steuer soll um das Doppelte erhöht werden, und das in einer Zeit, in der die Besitzsteuern abgebaut und andere Steuerquellen unausgeschöpft gelassen wurden. Die Regierungsvorlage war im Ausschuss abgelehnt worden, doch haben die Regierungsparteien unter dem Druck des Finanzministers die Vorlage erneut eingebracht. Auch die Bayerische Volkspartei, die Wirtschaftspartei und der Bayerische Bauernbund haben den Antrag unterschrieben, trotzdem sie draußen im Lande gegen diese neue Belastung des Volkes geweltet haben. Die sozialdemokratischen Redner brandmarkten diesen Volksbetrug und wiesen nach, daß die neuen Steuern eine Verdrängung der Bier- und Tabakindustrie im Inlande hätten. Besonders die letztere werde vollständig zerstört werden, weil ein großer Rückgang des Verbrauchs eintreten werde. Eine ungeheure Arbeitslosigkeit im Tabakgewerbe sei die unausbleibliche Folge. Der Antrag wurde dem Steuer Ausschuss überwiesen.

Sodann gelangte der Aufwertungsantrag zur Verhandlung. In langen, erregten Sitzungen, die sich meistens bis in die späte Nachtstunden hinzogen, wurde um diese Frage gekämpft, die die Lebensfrage aller kleinen Sparter und Rentner erregt. Bekanntlich hatte die deutschnationale Partei vor den letzten Reichstagswahlen sich als die einzige entschiedene Vertreterin der Sparter ausgespielt. Der sozialdemokratische Redner Reil nahm die deutschnationalen Schwindler und Heuchler hiebei in die Kneifzange. Durch Verlesung zahlreicher Flugblätter und Erklärungen wies er ihnen nach, daß sie zum Zwecke des Stimmenerreges vor der Wahl das Gegenteil von dem versprochen hätten, was sie nun tatsächlich beantragen und beschließen. Die eblen Herren mit der nationalen Gesinnung und dem kapitalistischen Weltbilde sahen da wie geprügelte Hunde, als ihnen der Redner ihre Wahlschwindschindeln links und rechts um die Ohren schlug. In der feierlichsten Weise haben sie den Wählern und Wählerinnen erklärt: „Alle anderen Parteien, insbesondere auch die Sozialdemokraten, wollen die Kleinen Sparter, Rentner und Hypothekendarbeiter betrügen und berauben, wir aber, wir Deutschnationalen, treten für eine volle, schnelle Aufwertung ein, weil wir wollen, daß Treu und Glauben in Deutschland aufrechterhalten wird.“ Und nun ist es ganz anders gekommen: die Helfer und Retter der Kleinen Leute haben sie in der hundsgemeinsten Weise verraten, indem sie den Prozentfuß der Aufwertung möglichst herabzubringen suchen. Am liebsten möchten sie gar nichts bezahlen, weil ihre Klassen- und Parteigenossen die Hypothekendarbeiter und sich dadurch selbstbetrug gemacht haben. Auch bei der Aufwertung der Kriegsschuld- und Staatsanleihen sowie der Industriobligationen tritt der Klassencharakter unseres Staates deutlich zutage. Die Kleinen Leute, die in patriotischer Begeisterung während des Krieges ihre Ersparnisse hingegeben haben, sind ihr Geld los und können Hungergeister laugen, aber die Kriegsgewinnler, die Schieber und Spekulanten haben sich die Taschen gefüllt und guden mit dem fetten Munde aus dem Fenster heraus. Ihnen wird gesagt: Der Staat hat kein Geld, um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können, unser Finanzwesen müßte zusammenbrechen, wenn solch ungeheure Summen aus der Kasse des Reichs genommen werden sollten. Demgegenüber haben die Vertreter einer gerechten Aufwertung darauf hingewiesen, daß es sehr wohl möglich sei, das erforderliche Geld aufzubringen, wenn man nur bemüht sein würde, die Kriegs- und Inflationsgewinnler zu besteuern. Über daran wagt sich weder die Regierung, noch die deutschnationale Partei heran. Und so werden denn die Kleinen Leute mit einem jämmerlichen Almosen abgefunden.

Aber dies besaß der Redner der Deutschnationalen, Dergt, noch die Dreifachheit, seine Partei als die eigentliche Aufwertungspartei hinzustellen und ihr das Verdienst zuzuschreiben, daß die Aufwertung überhaupt in Gang gekommen sei. Diese dummdreiste, schamlose Demagogie erregte teils Entrüstung, teils Gelächter, aber mit feuchter Stirn setzte sich der Redner darüber hinweg. Bei einer großen Zahl seiner früheren Parteigenossen wird er wohl wenig Anzahn finden. Einen Borgeschmack von der Erregung jener Kleinen Sparter, die bei der Reichstagswahl für die Deutschnationalen gestimmt haben, bekam man, wenn man beobachtete, mit welcher Erbitterung die Vertreter dieser enttäuschten Wähler ein paar Tage vorher auf die deutschnationalen Führer eindrangen. In den Vorräumen des Reichstags hatten sich Hunderte dieser Leute eingefunden, die den Führern hiezu zugehört. Sie fragten, wo denn Treu und Glauben geblieben sei und ob man die vor der Wahl gegebenen Versprechungen einlösen wolle. Nur mit Mühe konnten sich die Angegriffenen der Brut ihrer Genossen entziehen. Sie verdeckten sich und ergriffen die Flucht, sonst würden sie sicherlich die wohlverdiente Tracht Prügel bekommen haben.

Die Aufwertungsfrage ist noch nicht zum Abschluß gelangt, erst die dritte Sitzung wird die endgültige Entscheidung bringen. Schon heute aber läßt sich sagen, daß die von den Deutschnationalen gemäßigten Sparter und Rentner eine große Enttäuschung erleben werden.

Mindestens 150 Mark

muß der Familienvater jährlich für Lebensmittelpflicht zahlen, wenn die Zollvorlage der Regierung Gesetz wird!

Das sind 12,50 Mark im Monat. Das sind 10 Prozent bei einem Stundenlohn von 62 Pfennig.

Diese Last muß selbst ein Familienvater tragen, der wegen seines geringen Lohnes von der Lohnsteuer befreit ist! Wehrt euch

gegen die Zollvorlage!

Die Konsumgenossenschaftliche Wirtschaftsbewegung

hat im Jahre 1924 unbekanntere Fortschritte gemacht, auch wenn leider festgestellt werden muß, daß die Mehrzahl der Bevölkerung, einschließlich der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die gewaltige wirtschaftliche Bedeutung ihrer eigenen Konsumkraft noch nicht recht begriffen hat. Da der Zentralverband und die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine als die Organisations- und Geschäftszentralen der deutschen Konsumvereine anzusehen sind, so möge aus ihren Jahresberichten für 1924 einiges über Stand und Entwicklung der Konsumvereine mitgeteilt werden, was auch einen Schluß über die wirklichen Möglichkeiten des Könnens der genossenschaftlichen Wirtschaft gestattet.

Der Zentralverband zählte Ende 1924 1163 Konsumgenossenschaften mit 3 505 180 Mitgliedern (1923 1276 mit 3 867 286, 1914 1109 mit 1 717 519 Mitgliedern), woraus der Fortschritt der Bewegung festzustellen ist. Die Warenumsätze betrugen im Jahre 1924 380,6 Millionen (1923 244,2, 1914 486,4 Millionen), woraus sich ergibt, daß das Jahr des furchtbaren wirtschaftlichen Tiefstandes des deutschen Volkes, 1923, bei doppelter Mitgliederzahl nur noch die Hälfte an Umsatz brachte gegenüber 1914. Daran ist aber auch der Aufstieg im Jahre 1924 zu erkennen, der ein Mehr von 136 Millionen gegen das Vorjahr brachte, aber gleichzeitig noch um über 100 Millionen gegenüber 1914 zurückblieb bei mehr als verdoppelter Mitgliederzahl. Dies läßt sich nicht durch mangelnde Kaufkraft der Massen erklären, sondern nur durch mangelnde Einsicht in die einfachsten Bewegungsgesetze der Volkswirtschaft im allgemeinen und der genossenschaftlichen im besonderen. Denn das Einkommen im Jahre 1924 war durchschnittlich 5/6 her als 1914, wenn auch seine Kaufkraft geringer für eine Familie war. Der Durchschnitt des Umsatzes für eine Familie im Jahre 1924 betrug 190 M. (1923 73, 1914 287 M.).

Es müßte aber nicht nur der Durchschnitt des Jahres 1914 erreicht werden können, sondern ein solcher von mindestens 500 M. je Familie, was eine Wochenausgabe von noch nicht 10 M. im „Konsum“ bedeuten würde. Dann aber müßte der Gesamtumsatz nicht 380/6 Millionen, sondern 1753 Millionen betragen! Und damit eine gewaltig erhöhte Wirtschaftlichkeit aller Konsumgenossenschaftlichen Unternehmungen erzielt werden, gegen die weder der private Klein- noch Großhandel aufkommen könnte. Der Preiswille der Unternehmerverbände in Industrie und Handel (Kartelle) wäre ein dicker Niesel vorgeschoben, denn die genossenschaftlich organisierten Verbraucher würden in erhöhtem Maße auch zur Warenerzeugung in eigenen Fabriken übergehen. Was diese Frage anbelangt, so betrug im Jahre 1924 der Erlös aus eigener Erzeugung 9,06 Millionen (1923 87, 1914 104 Millionen), woraus hervorgeht, daß die Warenerzeugung der deutschen Konsumvereine schon bei den vorhandenen Mitteln außerordentlich steigerungsfähig ist. Und da die Produktion das Rückgrat der Volkswirtschaft bedeutet, weil die Befähigung der Produktionsmittel je länger je mehr die Preise bestimmen — die der Verbraucher zu bezahlen hat, aber nicht kann! —, so hebt sich die ungeheure Bedeutung dieser Frage ganz von selbst heraus als die wichtigste aus den wichtigsten Einzelheiten der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung. Aber auch die Verantwortung der Verbrauchermassen selbst, vor allem der Gewerkschaften, die nicht nur Lohnpolitik, sondern auch allgemeine Wirtschafts- und Kulturpolitik in ihrem Programm stehen haben.

Wenn der Reinertrag der Konsumvereine des Zentralverbandes im Jahre 1924 mit 9,33 Millionen (1923 2,57, 1914 40,7 Millionen) weit hinter dem von 1914 zurückbleibt, so übersteigt er doch wieder um ein beträchtliches den des Jahres 1923. Dem übrigen können die Mitglieder der Konsumvereine den Reinertrag — das heißt ihren eigenen Reinertrag! — nach Belieben steigern durch Erhöhung ihrer Jahresumsätze, was so wenig nachzulesen zu werden braucht wie das Rechenbeispiel von Adam Riese.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, deren Gesellschafter 821 Konsumvereine sind, erzielte im Jahre 1924 einen Warenumsatz von 168,4 Millionen (1923 71,3, 1914 157,5 Millionen). Dieses Bild ist günstiger als das der Konsumvereine, denn der Umsatz gegen das Vorjahr hat sich nicht nur mehr als verdoppelt, sondern er ist auch um 11 Millionen Mark höher als im Jahre 1914. Dabei betrug die eigene Warenerzeugung in den 30 Fabrikbetrieben der Gesellschaft im Jahre 1924 26,2 Millionen (1923 11,3, 1914 10,4 Millionen), woraus sich eine außerordentliche Steigerung ergibt. Eine Steigerung, die erfreulicherweise über das Verhältnis der Mitgliederzunahme der Konsumvereine weit hinausgeht.

Die Großeinkaufsgesellschaft betreibt zentralisierte Eigenproduktion, das heißt ihre Warenerzeugnisse gelten für die Konsumvereine im ganzen Reich und gehen nur an Konsumvereine, deren Bezüge die Grundlage bilden für die Erzeugungs-

menge der benötigten Waren und für die Errichtung von neuen Erzeugungstätten. Man sieht ganz deutlich: In einer genossenschaftlichen Volkswirtschaft regelt der Verbrauch die Erzeugung und Scheidet damit die meisten Gefahrenquellen und die Willkür der kapitalistischen Privatwirtschaft für die Verbraucher aus.

Daß die Großeinkaufsgesellschaft in großartiger Weise das Ziel der Warenerzeugung in eigenen Betrieben für die Konsumvereine fest im Auge behält und die Mittel dafür ansammelt, zeigt ihre Bilanz. Der Überschuß betrug im Jahre 1924 1,8 Millionen (1923 0,1), 1914 2,1 Millionen), die mit 1,6 Millionen in die Reserven gegeben werden, während die Gesellschafter nur 134 700 M. Zinsen (5 vH) für ihre Stammanteile bekommen. Die Reserven der Gesellschaft steigen damit wieder auf nahezu 6 Millionen (1923 3,9, 1914 8,05 Millionen) bei einem Stammkapital von 5 Millionen, von dem rund 3 Millionen eingezahlt sein dürften.

So setzt sich allmählich die Großeinkaufsgesellschaft, die zu treffend ein „Konsumverein der Konsumvereine“ genannt wird, in den Stand, in immer größerem Umfange die eigene Warenerzeugung für den genossenschaftlich organisierten Verbraucher aufzunehmen. Und die Stärkung dieser Absicht durch den Warenumsatz der Konsumvereinsmitglieder gerade in den mit der GEG-Marke versehenen Erzeugnissen bildet nicht nur starken Schutz gegen die Preiswillkür der kapitalistischen Unternehmerverbände, sondern einen wirklichen Schritt vorwärts zur Sozialisierung der Wirtschaft.

Allmählich ringt sich ja auch die Überzeugung durch, daß die Politik, so notwendig sie an sich ist, um die Bewegungsfreiheit und die sozialen und wirtschaftlichen Belange der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu sichern und zu schützen, die Gemeinwirtschaft nicht schaffen, das heißt dekretieren oder verordnen kann, sondern daß es Aufgabe, Möglichkeit und deshalb Pflicht der Gewerkschaften und Genossenschaften ist — unter Wahrung ihrer Selbständigkeit —, stets dem gewollten Ziele zuzusteuern. Das bedarf aber der Einsicht ihrer Mitglieder in die einfachsten Zusammenhänge der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung und ihrer Bedeutung im Wirtschaftlichen.

Industriezölle

- bedeuten nicht höhere Löhne, sondern
- bedeuten Monopolgewinne der Wenigen,
- bedeuten die Ausbeutung der Verbrauchermassen;
- bedeuten nicht gehobene Lebenshaltung, sondern
- bedeuten die Verteuerung aller Kulturbedürfnisse der Massen;
- bedeuten die Vernichtung des inneren Marktes;
- bedeuten die Schwächung der Weltmarktlage der wichtigsten deutschen Industrien!

Wehrt euch also gegen Schutzzölle!

Scharfmacher in Reinkultur

Die Vereinigung deutscher Unternehmerverbände hatte in ihrem Forderungsgesuch jede Lohn- und Gehaltserhöhung die Bekämpfung aufgestellt, daß Lohn- und Gehaltserhöhungen von größerem Ausmaß eine Inflation im Gefolge hätten. Sie sind damit hinten herunter gefallen. Dennoch geben sie die Schmach nicht verloren. In einer Denkschrift von 12 Seiten haben sie die ihnen günstigen Urteile, ihre Rundschreiben und anderes Zeug zusammengestellt. In der Schrift befindet sich ein Aufsatz „Aus überausen Industriekreisen“, der sich gegen eine Veröffentlichung der Frankfurter Zeitung richtet. Dieser Aufsatz enthält so haarsträubende Stellen, daß es sich lohnt, sie bekanntzugeben. Wir greifen wahllos einige heraus:

„Die Forderung der F. Zg. nach Löhnen, die durch Verhandlung festzusetzen sind, stammt aus der Kumpfkammer unserer Großstädter oder Utopisten. Als Parteiprogramm, als Leitmotiv für die Massen mag sich die Forderung bewährt haben, in der Praxis führt die Verwirklichung der Forderung zum Untergang der deutschen Wirtschaft.“

„Was die F. Zg. fordert, führt zur Verdummung der Menschen, zur Verfaulung und Verelendung, es ist die böse Theorie aus schwächsten Köpfen geboren, von Schwachköpfen verbreitet und verlangt. Der Schwache, der Dumme, der Fauler fürchtet sich vor dem Markte, vor dem Wettbewerbs, vor der Konkurrenz, er sucht Schutz hinter irgendeiner Phrase, hinter irgendeinem Programm, und je mehr er den Schutz erlangt, um so geringer werden die Leistungen und die Arbeitsfreude.“

„Tatsache ist weiter, daß die Löhne der Arbeiter, die Gehälter der Angestellten und Beamten um reichlich 100 vH gegen Anfang 1924 zugenommen haben. Die Gehälter der höheren Angestellten und Beamten sind übertrieben hoch, die mittleren und unteren Angestellten und Beamten, der Arbeiter aller Berufe sind weit über dem Maß des Notwendigen.“

„Wir stehen allem Anschein nach vor einem Umschwung auf den Märkten für Lebensmittel. Die Preise auf den Reichsmärkten ziehen an, die aufgetriebenen Viehmengen werden kleiner. Geringeres Angebot an Fleisch bedeutet kleinere Fleischportion für den einzelnen.“

Gebiete wurde nach den Aufsehen erregenden Arbeiten über den inneren Bau der Materie der Wunsch nach höheren Spannungen immer reger, und heute heißt Elektronen zu erzeugen, die hinreichend große Geschwindigkeit besitzen, um beim Auftreffen auf Atome Veränderungen des Atomkerns und damit des Stoffes selbst hervorzubringen. Die Anordnung zur Erzeugung hochgespannter Gleichstroms besteht im wesentlichen aus einem Hochspannungstransformator, dem zunächst Wechselstrom von 75 000 Volt zugeführt wird, der dann unter Benutzung von Glühkathodenröhren und Kondensatoren gleichgerichtet und auf die hohe Spannung gebracht wird. Der zuletzt gebaute Gleichstromerzeuger für 600 000 Volt kann Ströme von 30 Milliampere liefern, verfügt also bereits über eine Leistung von 18 Kilowatt, die während des Betriebes einzeln und allein durch die Elektronen von acht Kathodenströhen übertragen wird. Um so hohe Spannungen bei Gleichstrom zu messen, fehlen bis jetzt die Meßinstrumente. Man ist daher gezwungen, um einigermaßen genaue Anhaltspunkte zu erlangen, sich auf die Funkenlochmethode in Luft zu verlassen. Bei Verwendung von Anodenkathoden von 50 Zentimeter Durchmesser schlagen die Funken über bei einer Entfernung von 28 Zentimeter abwärts. Werden Spitzenelektroden benutzt, so zeigt sich bei 120 Zentimeter Abstand die Entladung. Spannungen von 600 000 Volt sind vor einiger Zeit schon mit Wechselstrom erzeugt worden. Das Neue liegt darin, daß es jetzt gelingt, auch Gleichstrom sehr hoher Spannung zu erzeugen. Viele Untersuchungen der Physik, Chemie und Radiologie lassen sich nur durchführen, wenn Gleichstrom zugegen ist.

Industrielle Verwertung von Leberabfällen

Die Verwertung der bedeutenden Mengen von Leberabfällen, die sich in der Lederbearbeitenden Industrie ergeben, beschränkte sich bisher hauptsächlich auf die Verwendung als Düngemittel in der Landwirtschaft. Als nun aber das verbesserte Verfahren der Gewinnung von Stickstoffdünger aus der Luft und die synthetische Herstellung von Ammoniak aufstank, fanden die Leberabfälle als Stickstoffdünger immer weniger Beachtung. Dazu kam noch die Fest-

stellung, daß die Abfälle aus Chromleder sogar einen schädlichen Einfluß auf die Vegetation ausüben. Man geht daher neuerdings dazu über, die gewaltigen, jeden Tag anfallenden Leberabfälle sowie alle Schmutz- und trockenen Defillate zu unterwerfen, also ähnlich zu behandeln wie die Stalothien in den Retorten der Gaswerke. Alle Leberabfälle lassen sich, je nach dem zur Anwendung gelangten Verfahren, in mit pflanzlichen und mineralischen Stoffen sowie mit Oligo- oder Glycerid-Substanzen. Sehr leicht ist dieses Aussehen bei den reinen Leberabfällen der Schuhfabriken und Lederbearbeitenden Industrien. Eine andere passende Einteilung ist die in Sobleleder und in Oberleder, wobei in Betracht kommt, daß nahezu alle Soble durch Amdüngung, alle Oberleder durch Chromgerbung erzeugt werden. Die gesähten Abfälle kommen in geschuldetem Zustand oder in Form von gepressten Kisten in den Fabriken an und werden bei Luftabschluß einer höheren Temperatur ausgesetzt. Schon etwas über 100 Grad beginnen sich Dämpfe zu entwickeln, die sich in gefüllten Rohrleitungen wieder niederschlagen und ein Defillat liefern, das aus einer ammoniakhaltigen Flüssigkeit, einem Öl und, im Falle der Verwendung von rindengegebenem Leder, auch noch einem Tierfleisch besteht. In der Retorte bleibt ein fester Rückstand von Leberabfälle, die, sofern mineralisiertes Leder benutzt wurde, auch noch Metallurgie enthält. Die nicht niederschlagbaren Gase — das Lebergas — sind brennbar und werden unter der Retorte verwertet. Durch den Destillationsprozeß gewinnt man demnach im wesentlichen Leberöl, die als Düngemittel in der Bergbauindustrie sowie als Entfärbungsmittel in der chemischen Großindustrie ausgiebige Verwendung findet; ferner Chromoxyd, eine unter dem Namen „Chromgrün“ sehr geschätzte Farbe; des weiteren Salzsäure, etwas Öl und Zell, und schließlich auch noch eine Reihe organischer Produkte, wie Pyrole usw.

An die Stelle der maßlosen Fleischverschwendung der letzten 12 bis 16 Monate tritt ein Haushalten im Fleischverbrauch... Bei der heutigen wirtschaftlichen Einstellung ist damit zu rechnen, daß versucht wird, den steigenden Lebensmittelpreisen steigende Löhne anzupassen, damit den Lohnempfängern ermöglicht wird, wie bisher, die teure Tageszeitung zu halten, daneben zahlreiche Illustrieren und Sportzeitungen zu kaufen, zahllosen Verbänden, Vereinen anzugehören, zu ermäßigten Preisen häufig die Theater zu besuchen, alle Annehmlichkeiten durchzuführen, reichlichen Verbrauch in Gemütsmitteln vorzunehmen und lange Erholungsreisen auszuführen...

Die Sozialdemokraten fürchten, die Besorgnis in Arbeiterkreisen an die Kommunisten zu verleiern, die Regierung fürchtet die Begehrlichkeit der Beamten, sie verliert ihre Stütze, weil Polizei und Armee sofort versagen, falls der Königstopf nicht, wie bisher, überläßt. Arbeiter und Beamte in Privat- und Staatswirtschaft bilden heute eine gemeinsame Armee von Forbernden, die mit Recht verlangen, was man ihnen bisher gegeben hat...

Wucherforderungen der Hausbesitzer

Wenn sich die Krankunter und Scholbarone durch Hochschulbildung zu bereichern suchen, dann glauben die Hausbesitzer, als Dritte im Bunde nicht fehlen zu dürfen. Man vernehme: In der Sitzung des preussischen Mietenausschusses (am 18. Juni 1925) stellten die Hausbesitzer durch ihre Vertreter Ladenborff und Frick die Forderung auf, daß die Mietzuzugläge folgende Steigerung erfahren müßten:

1. Verwaltungskosten	von 5 auf 15 vH
2. Betriebskosten	15 „ 80
3. Laufende Instandsetzungsarbeiten	15 „ 30
4. Grobe	4 „ 10
5. Mißtoprämie	15 „
6. Verzinsung der aufwertenden Hypotheken	20 „
7. Hauszinssteuer	28 „

Zusammen 148 vH

Darauf aufmerksam gemacht, daß eine Erhöhung der Hauszinsen gar nicht notwendig sei, da ja der Hausbesitzer jetzt schon allenfalls an diesen Kosten bedeutenden Überschuß habe und die Mieterzahl zur Ertragung weiterer Erhöhungen auch nicht in der Lage sei, erklärte Ladenborff, daß er als Hausbesitzervertreter nicht nachprüfen habe, ob die Erhöhung der Miete für Bevölkerung und Wirtschaft tragbar sei. Die geforderten 148 vH der Mietzuzugläge seien für den Hausbesitzer notwendig, in welcher Form für die Bevölkerung nach erfolgter Erhöhung der Miete ein Ausgleich zu schaffen sei, müsse von anderen Stellen geprüft werden.

Eine krassere Selbstsucht, als hier vom organisierten Hausbesitzer vertreten worden ist, kann man sich schwerlich vorstellen. Selbst dem anwesenden Regierungsvertreter war das Auftreten des Ladenborff etwas zu bunt. Er wagt es aber nicht, sich in aller Form dagegen zu wenden, sondern wies nur darauf hin, daß aus den verschiedenen Teilen Preussens, insbesondere aus dem Rheinlande und dem Ruhrgebiet, zahlreiche Schreiben gegen weitere Mietzinssteigerungen eingelaufen seien. Trotzdem aber erklärte er, daß sich das preussische Staatsministerium nunmehr über den Umfang der Erhöhung schlüssig werden würde. Diese Erklärung zeigt, daß die Hausbesitzer durch ihr Vorgehen bei der Regierung erreicht haben, daß sie sich zur erneuten Erhöhung der Mieten bereit erklärt.

Tausend Mark täglich

Die Deutsche Invaliden-Zeitung schreibt: Aus Braunschweig wird gemeldet, daß in dem seit Jahren schwebenden Prozeß des Hauses Cumberland gegen den braunschweigischen Staat am 15. Mai der Zivilsenat des Oberlandesgerichtes Braunschweig den Parteien folgenden Vergleichsvorschlag unterbreitet hat:

„Dem Herzogshaus wird eine Rente von jährlich 350 000 M. zugesprochen. Also täglich 1000 M. Es sind ferner Domänen und Forsten zu überweisen, daß dem Herzogshaus nach Abzug der von ihm übernommenen Lasten eine jährliche Reineinnahme von 260 000 M. versichert wird. Außerdem sind 100 000 M. in bar jährlich der Herzogsfamilie, in Raten von je 25 000 M., im voraus zu zahlen. Die Parteien sollen sich bis zum 2. Oktober 1925 über die Annahme erklären.“

Das Haus Cumberland ist eines der reichsten in Europa. Wenn es jetzt zu seinen ungeheuren Besitztümer auch noch die Zuzahlung aus dem Staatsvermögen des Landes erhält, so ist das eine Aufwindung, deren sich die Mitglieder des Hauses eigenlich schämen müßten. Denn sie haben nichts dafür geleistet. Die verlassenen Fürsten saßen ihre arbeitenden ehemaligen Untertanen reichlich aus. Wir leben ja in der Zeit der Aufwertung und Rentenerhöhung und des Wohlwunders. Man vergegenwärtige sich einmal das Bild: Die jahrzehntelangen Industrien erhalten ein 700-Millionen-Gesamt; die bestehenden Großquartier bekommen ihren einträglichen Zollwucher; die betrogenen Später sollen mit Ach und Krach ein paar Groschen Aufwertung haben. Die Invalidenrente wird täglich um 6/8 vH erhöht und in vielen Gemeinden (auch in Braunschweig? D. R.) wird die gemaltige Rentenerhöhung von den Bezüglern der Fürsorgepflichtverordnung abgezogen. Einem ehemaligen Fürsten aus der Reihe der 29 gibt man täglich für seinen feudalen Müßiggang 1000 M. ohne jeden Steuerabzug.

Suum cuique! Jedem das Seine. Dem Fürsten seine 1000 M. täglich ohne Steuerabzug, dem Invalidenrentner 6/8 vH tägliche Rentenerhöhung, welche gegebenenfalls nicht angezogen wird. — Dem Lohn- und Gehaltsempfänger seinen kermigen Lohnsteuerabzug! So will es die kapitalistische Gesellschaft. Ubel verpflichtet!

stellung, daß die Abfälle aus Chromleder sogar einen schädlichen Einfluß auf die Vegetation ausüben. Man geht daher neuerdings dazu über, die gewaltigen, jeden Tag anfallenden Leberabfälle sowie alle Schmutz- und trockenen Defillate zu unterwerfen, also ähnlich zu behandeln wie die Stalothien in den Retorten der Gaswerke. Alle Leberabfälle lassen sich, je nach dem zur Anwendung gelangten Verfahren, in mit pflanzlichen und mineralischen Stoffen sowie mit Oligo- oder Glycerid-Substanzen. Sehr leicht ist dieses Aussehen bei den reinen Leberabfällen der Schuhfabriken und Lederbearbeitenden Industrien. Eine andere passende Einteilung ist die in Sobleleder und in Oberleder, wobei in Betracht kommt, daß nahezu alle Soble durch Amdüngung, alle Oberleder durch Chromgerbung erzeugt werden. Die gesähten Abfälle kommen in geschuldetem Zustand oder in Form von gepressten Kisten in den Fabriken an und werden bei Luftabschluß einer höheren Temperatur ausgesetzt. Schon etwas über 100 Grad beginnen sich Dämpfe zu entwickeln, die sich in gefüllten Rohrleitungen wieder niederschlagen und ein Defillat liefern, das aus einer ammoniakhaltigen Flüssigkeit, einem Öl und, im Falle der Verwendung von rindengegebenem Leder, auch noch einem Tierfleisch besteht. In der Retorte bleibt ein fester Rückstand von Leberabfälle, die, sofern mineralisiertes Leder benutzt wurde, auch noch Metallurgie enthält. Die nicht niederschlagbaren Gase — das Lebergas — sind brennbar und werden unter der Retorte verwertet. Durch den Destillationsprozeß gewinnt man demnach im wesentlichen Leberöl, die als Düngemittel in der Bergbauindustrie sowie als Entfärbungsmittel in der chemischen Großindustrie ausgiebige Verwendung findet; ferner Chromoxyd, eine unter dem Namen „Chromgrün“ sehr geschätzte Farbe; des weiteren Salzsäure, etwas Öl und Zell, und schließlich auch noch eine Reihe organischer Produkte, wie Pyrole usw.

In der Jugend ist jung sein leicht, schwerer und schöner, wenn's Haar sich bleicht. Franz Horn.

